



Atomkraftwerk Tihange

Aachen

„Wie in Fukushima“

In der Region Aachen haben mehr als 75 000 besorgte Bürger Jodtabletten beantragt. Seit dem 1. September können Anwohner das Medikament über die Stadt Aachen kostenlos beziehen, um nach einem Atomunfall im nahen belgischen Kraftwerk Tihange besser vor Schilddrüsenkrebs geschützt zu

sein. Die Zahl der Anträge hat sich mehr als verdoppelt, seitdem vergangene Woche in Tihange Block 1 vom Netz genommen wurde. Ingenieure hatten einen Defekt an einer Pumpe im nuklearen Bereich festgestellt. Wissenschaftler der belgischen Universität Löwen fordern, auch Tihange 2 vom Netz zu nehmen. Sie haben eine Vielzahl Mikrorisse im Druckbehälter des Reaktors

gefunden. Der Betreiberkonzern Electrabel hält die Risse für ungefährlich. Der Aachener Städteregionsrat Helmut Etschenberg (CDU) klagt vor belgischen Gerichten gegen den Betrieb von Tihange 2. „Bei einem GAU“, sagt Etschenberg, „gibt es eine zehnprozentige Wahrscheinlichkeit, dass unsere Region so stark verseucht wird wie das Gebiet um Fukushima.“ le

Hamburg

AfD-Kandidatin verletzt Polizisten

Eine Hamburger AfD-Politikerin ist wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstands gegen einen Polizeibeamten zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Die Jurastudentin, die bei der Bundestagswahl im Wahlkreis Hamburg-Nord für die rechtspopulistische Partei kandidiert, nennt die innere Sicherheit als einen ihrer Schwerpunkte. Das Gericht hält es für erwiesen, dass die Politikerin einem Polizisten am 6. April nachts um 3.38 Uhr mit ihrem hochhackigen Schuh so stark gegen den Knöchel trat, dass dieser tagelang krankgeschrieben war. Der Beamte wurde von einem Taxifahrer zu Hilfe gerufen, nachdem die Politikerin, die betrunken in seinem Wagen eingeschlafen war, den Fahrpreis nicht zahlen wollte und randaliert hatte. Weil sie weggehen wollte, hielt der Beamte sie fest. Wegen ihres hohen Alkoholwerts geht das Amtsgericht St. Georg von verminderter Schuldfähigkeit aus. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Auf eine Anfrage des SPIEGEL reagierte die Politikerin nicht. agr

Dieser Artikel wurde nachträglich bearbeitet.

SPD

Frauen drängen auf Spitzenposition

In der SPD beginnt die Debatte über eine weitreichende personelle Neuaufstellung. Die Genossinnen drängen Parteichef Martin Schulz, eine der beiden Spitzenposten weiblich zu besetzen. „Es ist allerhöchste Zeit, Partei- oder Fraktionsvorsitz mit einer Frau zu besetzen“, sagt Elke Ferner, Chefin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. „Es sind genügend qualifizierte Frauen da. An dieser Stelle erwarten wir schnell

Bewegung.“ In der Parteispitze wird damit gerechnet, dass auch führende Landesverbände nach der Wahl auf personelle Erneuerung drängen. Als Dreh- und Angelpunkt gilt der Fraktionsvorsitz im Bundestag, für den Arbeitsministerin Andrea Nahles gute Chancen eingeräumt werden – ein Posten, auf den auch Schulz selbst Anspruch erheben könnte.



Nahles

Unabhängig vom Wahlergebnis wird aber auch erwogen, nicht vor der Niedersachsenwahl am 15. Oktober am Personaltableau zu rühren, um Unruhe zu vermeiden. vme

Pflege

Ausgaben auf Rekordhoch

Die Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung hat zu einem rasanten Anstieg der Leistungen geführt. Im ersten Halbjahr 2017 sind diese Ausgaben der Sozialkasse auf 17 Milliarden Euro geklettert, wie aus Daten des Bundesgesundheitsministeriums hervorgeht. Das entspricht einem Plus von mehr als 22 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Ausweitung war erklärtes Ziel der Reform, deren letzte Stufe zu Jahresbeginn in Kraft trat. Demenzzranke haben seither Anspruch auf alle Leistungen der Pflegeversi-

cherung, außerdem setzen viele Hilfen früher an als zuvor. Im Gegenzug wurde der Beitragssatz auf nun 2,55 Prozent (Kinderlose: 2,8 Prozent) des Bruttolohns angehoben. Die Zahl der Menschen, die Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherung haben, ist zur Jahreswende um 400 000 auf insgesamt 3,3 Millionen gestiegen. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) wertet die Ausweitung als Erfolg. Im Endspurt des Wahlkampfs ist die Pflege zum wichtigen Thema geworden. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hatte für einen „kompletten Neustart“ geworben. cos